

Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner Deutschlands.

Mitglied des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage.
Durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 Mk.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-
loerwall 9. Fernspr. A 8538
Postfachkonto Köln 18937.

Nummer 12

Köln, den 11. Juni 1921

9. Jahrgang

Sabotierung der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit durch die Scharfmacher.

Wenn auch die Erlangung möglichst glänzender Löhne und Arbeitsverhältnisse erste Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen ist, so erschöpft sich in der Erfüllung dieser Aufgabe ihre Tätigkeit nicht. Bewußt und mit voller Absicht versuchen sie auch Erziehungsarbeit an der breiten Masse des Volkes zu leisten. Nur diejenige Arbeiterschaft im letzten Endes ein gleichberechtigter Faktor im gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Leben darzustellen, die über ein großes Maß sittlichen Pflichtbewußtseins verfügt, ist, der heutigen rein auf das Materielle, auf Genuß und Besitz eingestellten Zeitrechnung den kategorischen Imperativ der Abblüdung und Milderung entgegenzusetzen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, die erstrebten und erlangten sozialen Fortschritte auch zugleich eine kulturelle Hebung des Arbeiterstandes umzumünzen.

Von diesen Erwägungen geleitet, sind die Gewerkschaften ebenso entschieden, wie für die Ausgestaltung der gesetzlichen Versicherungsanstaltungen, für die Einführung der sozialen Einrichtungen in Tarifverträgen, Fortbildung des Lohnes in Krankheitsfällen und sonstigen Behinderungen usw., auch für die Bekämpfung des Mißbrauches dieser Einrichtungen eingetreten.

Krankenkassen sind dafür da, um dem Erkrankten zur Wiedererlangung der Gesundheit behilflich zu sein. Krankengeld und Lohnfortzahlung sollen einzig und allein dazu dienen, dem Erkrankten während der Zeit der Erwerbsunfähigkeit die Lebensmöglichkeit zu geben, nicht aber um einzelnen Erwerbsfähigen, die es verdienen, den Arzt zu schicken, ein paar gute arbeitslose Tage ohne Lohnausfall zu ermöglichen. Urlaub soll zu dienen, dem Beurlaubten einige Tage, pro Woche die Gelegenheit zu geben, sich endlich auszuruhen, um neue Kräfte zu sammeln, aber nicht um während dieser Zeit anderweitig Berufsarbeit gegen Entgelt zu leisten. Je weitherziger und vollkommener diese Einrichtungen geschaffen, um so eher ist selbstverständlich die Möglichkeit eines Mißbrauches vor, da ja selbstverständlich auch Arbeiter und Angestellte keine Engel sind. Es ist auch nicht ohne Grund, daß verschiedentlich mit diesen Einrichtungen Mißbrauch getrieben wird. Besonders die Gewerkschaften für die Er-

richtung und weitere Ausgestaltung dieser sozialen Einrichtungen, um des wirklich sozialen Zweckes halber, eintreten, um so mehr müssen sie auch bemüht sein, jeden Mißbrauch zu verhindern. Im Interesse der wirklich Bedürftigen und um ihr eigenes Ansehen und ihren guten Ruf zu wahren, schreden sie auch nicht davor zurück, wo sich Mißbräuche zeigen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen anzugehen. Was auf diesem Gebiete in den Versammlungen an Selbsterziehungsarbeit geleistet wird, bringt heute leider viel zu wenig an die Öffentlichkeit und wird ganz allgemein viel zu wenig gewürdigt. Sie schreden auch nicht davor zurück, in ihren Verbandsorganen öffentlich gegen jeden Mißbrauch Stellung zu nehmen und auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus der mißbräuchlichen Benutzung für die Gesamtheit ergeben.

In Nr. 5 1921 unseres Verbandsorganes haben wir in ganz eindeutiger Weise Stellung genommen gegen Erscheinungen, die sich bei den Solinger Mühlischen Arbeitern zeigten. In der letzten Nummer der Deutschen Straßen- und Kleinbahner-Zeitung, dem Organ des Transportarbeiterverbandes, finden wir einen ähnlichen Artikel, der sich gegen gewisse Mißstände bei der Berliner Straßenbahn in ganz deutlicher Weise ausspricht. Wenn es nützt, ist den Gewerkschaften nun einmal eine gewisse Schärfe — mit Vorurteil behaftete Menschen nennen es Rücksichtslosigkeit — eigen. Aber diese „Rücksichtslosigkeit“ wendet sich, wenn unumgänglich, auch gegen einen Teil der eigenen Mitglieder, deren Handeln nicht mit dem Gesamtwohle in Einklang zu bringen ist.

Jeder noch ehrlich und aufrichtig gesonnene Deutsche, der bereit ist, seinen Teil zur Befreiung unseres kranken Volkstörpers beizutragen, sollte dieses Bestreben der Gewerkschaften, Treu und Glauben innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenschaft wieder zur vollen Geltung zu bringen, lebhaft unterstützen. Das ist aber leider nicht so. In bestimmten Unternehmen kreisen wird heute wieder das alte Lied von der Rentenlucht der Arbeiter in neuer Melodie gesungen. Im Jahre 1900 wurde seitens der Unternehmerorganisation ein Feldzug gegen die weitere Ausgestaltung der sozialen Versicherungen unternommen. Neben der Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte, ange-

hen durch die sozialen Lasten des deutschen Unternehmers, war es die „Rentenlucht“ der Arbeiterschaft, die als Gründe hervorgehoben wurden. Der erste Grund ist inzwischen glänzend widerlegt. Hätten wir keinen Krieg gehabt, wären wir durch den Versailles Vertrag nicht an Händen und Füßen gebunden, wäre die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte noch konkurrenzfähig, selbst wenn sich die sozialen Lasten inzwischen vergrößert hätten. Nicht die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen und Hilflosen, sondern der rein kapitalistische Geist, der keine Rücksicht auf den Menschen kennt, hat uns in den Krieg und den Abgrund geführt und zieht uns tagtäglich noch tiefer hinein. Die Erkenntnis von der Richtigkeit dieser Tatsachen hat wohl den Kampf gegen die Fortführung der gewerkschaftlichen Sozialreform allmählich verstummen lassen.

Um so schärfer wird aber in der Gegenwart gegen die sozialen Einrichtungen Sturm geblasen, die durch tarifvertragliche Vereinbarungen geschaffen sind oder geschaffen werden sollen. Soweit unsere Mitglieder hierbei in Betracht kommen, ist für den größten Teil, soweit er dem Reichsmanteltarifverträge für Gemeindearbeiter und den Reichsmanteltarifverträgen 1 und 2, die mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Straßen- u. Kleinbahnen abgeschlossen sind, unterliegt, nach dieser Richtung hin Beachtenswertes geschaffen. Abgesehen von einzelnen Ausnahmen, gegen die eben mit aller Schärfe Stellung genommen werden muß, kann von einem Mißbrauch im großen Maßstabe nicht die Rede sein. Aber weil sie sich bewährt haben, muß es unser Bestreben sein, sie überall durchzuführen. Für die Straßenbahnen des besetzten Gebietes gelten die Reichsmanteltarifverträge noch nicht. Der Widerstand der Unternehmer richtet sich erkennbarer Weise weniger gegen eine einheitliche Regelung der Dienstverhältnisse durch Reichsvertrag an sich, sondern gegen die in obigen Verträgen vorgesehenen sozialen Einrichtungen. Diese Weigerung wird nunmehr versucht zu begründen mit der Möglichkeit des Mißbrauches der sozialen Einrichtungen und zum Zwecke hierfür wird auf den bekannten Artikel in Nr. 5 unseres Organes verwiesen. Trotzdem haben wir kein Wort hiervon zurückzunehmen. In einer Verhandlung vor dem Koblenzer Schlichtungsausschuß glaubte

Der Direktor Simons von Aachen diesen Artikel als einen Beweis für den Mißbrauch anführen zu müssen und in einem Schreiben des Arbeiterverbandes für die linksrheinischen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Kleinbahnlinien sind ähnliche Bemerkungen enthalten.

Diesem Freibeutertum, welches die ernste Erziehungstätigkeit der Gewerkschaften an ihren eigenen Mitgliedern benutzen will, um sich an der Leistung der durchaus berechtigten sozialen Reformen vorbeizubrüden, muß gehörig auf die Finger geklopft werden. Sie mögen sich gesagt sein lassen, daß die Straßenbahnen des besagten Gebietes nunmehr um so energischer die Einführung der sozialen Einrichtungen fordern werden. Sie mögen sich weiter gesagt sein lassen, daß diese Subventionierung der guten Absichten der Gewerkschaften, bei jedem noch gerecht und objektiv denkenden Schiedsrichter nicht gegen die sozialen Einrichtungen spricht. Man wird zu der Überzeugung kommen müssen, bei dieser Stellungnahme der Gewerkschaften ist die Gefahr des Mißbrauches auf ein Minimum beschränkt und deshalb um so eher die Einführung der sozialen Einrichtungen berechtigt und zweckmäßig. Ohne Zweifel können wir hier beobachten, wie die Tätigkeit der Gegner der sozialen Einrichtungen, wenn sie sich der erwarnten Mittel bedienen, jenen Kräften allezeit, die zwar das Gute wollen, aber ungewillt und ungewillt dem Guten dienen.

Fuchspredigten.

Nach Scherrens letzten Worten hat der Deutsche Reichstag seine Zustimmung zur Unterzeichnung des Ultimatus der Entente gegeben. Es hat heute seinen Zweck mehr, darüber zu streiten, ob nicht an Stelle der Annahme die Ablehnung das kleinere Übel gewesen wäre. Klar müssen wir uns aber bewußt sein, daß eine Ablehnung der vollen Volkswirtschaft die gesamten wirtschaftlichen Werte und Kräfte des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes und der übrigen schon besetzten Gebiete im Westen und Südeuropen gefährdet hätte. Wir müssen heute eher sich beschließen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, in der Hoffnung, daß es einer späteren Zeit vorbehalten bleibt, die Geschichte der Völker nicht vermeintlich, sondern wirklich nach den Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit zu gestalten. Darüber dürfen wir uns klar sein; gelingt es, die Leistungen der deutschen Volkswirtschaft so zu steigern, um die Bedingungen restlos erfüllen zu können, ohne das Volk dabei zu verelenden, bedeutet dieses eine derartige Konfuzionsfähigkeit auf dem Weltmarkte, daß nach Erfüllung der Bedingungen Deutschland auf wirtschaftl. Gebiete in der Welt eine ausstrahlende Stellung einnehmen würde.

Warum sind wir aber noch weit davon entfernt? Für das Deutsche Volk beginnt nunmehr — wie Stegerwald auf dem Eisenkongresse sich ausdrückte — der Gang durch die Hölle. Die Gesamtsumme unserer Verschuldungen ist auf 82 Milliarden Goldmarken gestiegen. Wozu haben wir ja auch diese Verschuldung? Wir haben die Weltwirtschaft in den letzten 12 Monaten um 20 Milliarden Goldmarken verarmen lassen. Zwei Milliarden Goldmarken sind in den letzten 12 Monaten in die Hände der Staatbankrottisten und in die Hände der Papiermark-Fischer gekommen. Und das sind die einzigen Früchte

haushalt, der im vergangenen Jahre etwa 60 Milliarden Mark Geldbetrag aufwies, in Ordnung bringen. Dieses Defizit durch eine weitere Vermehrung unserer Zahlungsmittel, durch Herausgabe von mehr Papiergeld, zu decken, ist auf die Dauer nicht möglich.

An der Ausbringung dieser gewaltigen Summen werden sich alle Stände und Schichten des deutschen Volkes beteiligen müssen, die Arbeiterschaft nicht ausgenommen. Aber nach den Plänen gewisser Schichten geht es nun doch nicht. Nach ihren Ansichten können die Verpflichtungen an das Ausland nur durch Steigerung der Erträge unserer Volkswirtschaft, durch erhöhte Ausfuhr, gedeckt werden. Wir müssen mehr produzieren, und um unsere Waren auf dem Weltmarkte los zu werden, billig verkaufen.

Der Verbrauch im Inlande muß möglichst reduziert werden. Zu dem Zwecke verlangen sie erstens zur Steigerung und Verbilligung der Produktion

- a) die Verlängerung der Arbeitszeit,
 - b) den Abbau der „hohen“ Löhne.
- Zweitens zur Einschränkung des Konsums: Einführung neuer und Erhöhung der bestehenden Verbrauchssteuern.

So bestehend diese Vorschläge oberflächlich betrachtet auch sind, ihre Verwirklichung würde den gewollten Zweck nicht erreichen. Genau betrachtet sollen sie auch nur den Zweck haben, die neu übernommenen Verpflichtungen in der Hauptsache auf die Schultern der breiten Massen abzuwälzen und sich selbst an den Leistungen vorbeizubrüden. Wir als Arbeiter und Angestellte haben daher alle Ursache, diese Fuchspredigten sehr genau zu untersuchen. So etwas wie volkswirtschaftliche Kenntnisse können auch heute die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen für sich in Anspruch nehmen. Untersuchen wir daher die gemachten Vorschläge auf ihre praktische Durchführbarkeit und ihre Folgen für die Volkswirtschaft und die sozialen Verhältnisse. Durch eine Verlängerung der Arbeitszeit könnte unter bestimmten Voraussetzungen eine Steigerung der Produktion erfolgen. Diese notwendigen Voraussetzungen genügend Rohstoffe und genügend Aufträge für unsere gesamte Industrie sind heute noch nicht gegeben. Trotz aller Maßnahmen der Arbeitsnachweise, eines Ausgleichs von Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften zwischen den einzelnen Industrien und Gewerben herbeizuführen, steigt die Zahl der Arbeitslosen fast tagtäglich. Eine Verlängerung der Arbeitszeit würde unter den gegebenen Umständen, so lange nicht alle Arbeitsplätze vollständig besetzt sind, zu keiner Steigerung der Produktion führen, vielmehr die öffentlichen Lasten zur Versorgung der Arbeitslosen um ein Mehr steigern, wie die erzielte Verbilligung ausmachen würde. Also nicht allein das Bestreben, die eigenen Belange wahrzunehmen, sondern auch gute volkswirtschaftliche Gründe läßt heute die Arbeiterschaft sich gegen jeden Versuch, den Achtstundentag zu durchbrechen, Sturm laufen. Zudem ist es ein Unding, in der Landwirtschaft, wo Arbeitskräfte zu bestimmten Jahreszeiten fehlen vom Achtstundentag zu reden. Er ist ja in den arbeitsreichen Monaten gut meist durchgeführt und in der übrigen Zeit würde eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne produktives Ergebnis nur eine Ver-

längerung der Unwissenheitszeit bedeuten. Die Verlängerung der Arbeitszeit liegt daher zur Zeit gar nicht im Interesse unserer Volkswirtschaft, wenn sie für manchen Betrieb und manches Unternehmen erwünscht ist, um dadurch eine gewisse Verbilligung der Produktion, oder aber auch eine Steigerung des Reingewinnes herbeizuführen.

Die zweite Forderung: Abbau der Löhne ohne gleichzeitigen Abbau der Warenpreise, insbesondere der Lebensmittelpreise, würde in weitem Umfange in der jetzigen Lage durchgeführt, zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen. Seit Monaten schon haben wir in manchen Industrien, zum Beispiel in der Textilindustrie, mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen. Nicht weil es uns an Rohstoffen fehlt oder kein Bedarf an Fertigfabrikaten vorhanden wäre, sondern weil die Kaufkraft der breiten Masse so geschwächt ist, daß die allererforderlichsten Bedürfnisse zu den guten Teilen ungedeckt bleiben müssen. In dem wird die notwendige Voraussetzung für eine Steigerung der Produktion, eine leistungsfähige und arbeitstreibende Arbeiterschaft nicht dadurch geschaffen, indem man ihr die notwendigen Bedürfnisse zur Befriedigung einer angemessenen Lebenshaltung vorenthalten läßt.

Selbst wenn gegenwärtig wirklich wirtschaftliche Notwendigkeiten für Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnabbau vorlägen, würden sie an dem Widerstande der Arbeiterschaft scheitern, weil die seelische Voraussetzung zur Stunde gar nicht vorhanden sind. Die Zeiten, wo dem wirtschaftlich Schwächeren einfach die Gebote diktiert wurden, sind vorbei. Man muß heute die Arbeitskräfte nicht mehr lediglich als einen toten Produktionsfaktor einstellen, der nach Belieben freien und formen läßt, man es wünscht. Die Arbeiterschaft ist heute ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben bewußt und macht von ihren Rechten Gebrauch, wehrt sich gegen jeden Versuch, auf eine tiefere soziale Stufe herabzudrücken. Jedenfalls soll aber damit nicht gesagt sein, daß sie unter allen Umständen sich, wenn Not an Mann kommt, den Verpflichtungen gegenüber der Volksgemeinschaft entziehen will.

Gegen die dritte Forderung der Fuchspredigt „Einführung neuer und Erhöhung der bestehenden Verbrauchssteuern“ ist schon des zuzugewandt. Schon heute zahlt jeder Arbeiter und Arbeiter nicht nur verhältnismäßig, sondern auch absolut den nämlich Betrag an Verbrauchssteuern wie der wirtschaftlich Leistungsfähigste. An direkten Steuern im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit viel mehr wie die übrigen Schichten und Stände. Unsere Reichseinkommensteuer ist zwar sozial gestaltet. Aber dadurch, daß Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft und freie Berufe es in der Hand haben, die Steuerermäßigungen sich recht loyal zu gestalten, dem Arbeiter und Angestellten aber durch Steuerabzug vom Lohn und der Auskunftsspflicht dem Arbeitgeber unmöglich gemacht ist, irgend ein Markt Einkommen unter einem anderen Posten verschwinden zu lassen, wird der soziale Charakter des Einkommeneinzugs doch wieder ziemlich abgeschwächt. Jedoch geht in der jetzigen Zeit der Not auf eine noch früher, daß der Steuerpflichtige

1000 Mark Grundsteuer zahlt, diese nicht so drückend empfindet, wie der, der nur 100 Mark zum Notwendigsten absparen muß.

Trotzdem müssen wir aus dem finanziellen Sumpf heraus und versuchen, unsere eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. In der Hauptsache durch möglichst große Ausfuhr aller hergestellten Waren und Produkte, die weniger zur Befriedigung notwendiger Lebensbedürfnisse wie der Annehmlichkeit und einem gewissen Luxus dienen. In enger Verbindung damit eine wesentliche Beschränkung der Einfuhr aller nicht lebenswichtigen Waren. Trotz unserer Verarmung haben wir anstatt Brotgetreide und sonstige Lebensmittel und Bedarfsartikel im vergangenen Jahre ganz ungeheuerliche Mengen an Luxusartikeln, ausländischen Weinen, Liqueuren, Zigaretten, Importen, Seide, Parfümerien, Feinseifen und sonstige Luxusartikel trotz der Einfuhrbeschränkungen hereingelassen. Von Frankreich allein kamen im vergangenen Jahre für über drei Milliarden Mark alkoholische Getränke. Diese Einfuhrmengen wären in Deutschland nicht unterzubringen, wenn erstens nicht in verschiedenen Schichten ein unersättlicher Luxus getrieben und der deutsche Handel, des schänden Gewinnes halber, seine Hand dazu geboten hätte. Was in jener Zeit in Deutschland durch den freien Handel sowohl, wie durch die nationalen und internationalen Schieber herein kam, während des Bod im Westen flachte und nunmehr noch täglich auf Grund der Zantionen ohne jede Kontrolle herein kommt, entzieht sich der genauen Erfassung. Die Herrschaften sind es auch in erster Linie, die einer Verlängerung der Arbeitszeit und einem Lohnabbau das Wort reden, um noch mehr Objekte ohne Kontrolle für ihren Import und Export zu erhalten. Solange hier nicht mit eiserner Faust bezwungen gefahren und der Verschleuderung unermesslicher Milliarden ein Riegel vorgeschoben wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft nicht geneigt ist, einer sozialen Ordnungschaffen der letzten Jahre preiszugeben.

Die notwendige Förderung der Produktion sowie auch eine Freisetzung der Böden läßt sich auch auf anderem Wege erreichen. Ein einziger Blick in den Handelsall der großen Zeitungen zeigt uns ein gewaltiges Ansteigen der Gewinne, sowohl im Handel wie auch in der Industrie. Stärker als es durch die Entwertung des Geldes bedingt ist. Gewiß brauchen die Unternehmungen heute ein anderes Betriebskapital als ehemals. Kennenwerte Rücklagen, Ansammlung von Reservefonds sind zur Erhaltung unserer Unternehmungen unbedingt notwendig. Woegen wir uns aber mit Entschiedenheit wenden müssen, sind die übermäßigen Gewinne, die von den Besitzern und Aktionären eingeholt werden und deshalb der Volkswirtschaft verlorengehen, weil zum größten Teil verbraucht und erst in bestmöglichen Luxus gestatten. Gedul haben wir auch notleidende Industrien und Unternehmungen. Unsere deutschen Volkswirtschaften sind nicht auf Kosten gebaut. Hierzu hat aber nicht nur die Einstellung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit beigetragen, sondern in erheblichem Maße die Verteuerung der Materialien, an der die Gewinne der industriellen Werke auch nicht unschuldig sind.

Eine wesentliche Schwächung der Volkswirtschaft bedeutet das Ueberhandnehmen des Handels. Obwohl die Menge der erzeugten und verbrauchten Waren gegenüber Vorkriegszeiten erheblich abgenommen hat, hat die Zahl der wirklichen Kaufleute, oder auch solcher, die sich „Kaufmann“ nennen, erheblich zugenommen. Selbstverständlich hat die vielgerühmte Konkurrenz eine Grenze. Jeder Kaufmann will verdienen und zwar möglichst viel. Solange Waren knappheit besteht, ist es kein großes Kunststück, die Konsumenten gründlich zu schröpfen. Im Textilhandel galt vor dem Kriege ein Ausschlag von 15 bis 30 Prozent als angemessen. Heute aber wird uns von den Organisationen des Handels vorgerechnet, daß ein Ausschlag von 75 Prozent des Einkaufspreises recht angemessen ist.

Wenn also einmal sich ein Mangel an Arbeitskräften einstellen sollte, greife man nur ruhig in dieses Reservoir, wo noch viele Kräfte vorhanden sind, die als Hilfsarbeiter in der Produktion volkswirtschaftlich viel wertvollere Arbeit leisten können wie im zum großen Teile unproduktiven Handel. Wird dem Handel das Leben lauter gemacht, insbesondere auch durch eine möglichst gerechte Durchführung der Steuergehalte, dann wird ohne Zweifel auch der Besuch der Schlemmerlokale und Totalisators, wie überhaupt der Konsum der eingeführten Luxuswaren wesentlich abnehmen.

Das einzig wirkliche Mittel, diesen volkswirtschaftlichen Schäden beizukommen, ist eine empfindliche Besteuerung. Strenge Durchführung der Steuergehalte und bei vollständiger und bestmöglicher Steuerhinterziehung die Entziehung jeder Handelszulassung.

Im letzten Jahre hat man damit begonnen, die Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Produkte abzuhauen. In absehbarer Zeit wird auch der noch bestehende Rest beseitigt sein. Trotz aller guten Gründe, die für die Beibehaltung herabgesetzt war, sind nicht mehr aufrechtzuerhalten. Schon im vergangenen Frühjahr die Getreideproduktion sich gehoben hatte, konnte nur noch die Hälfte der Menge des vorhergehenden Jahres erlist werden. Die schlechten Anordnungen wurden eben planmäßig sabotiert, weil im freien Verkehr über durch Wertverwertung, wie durch Ablieferung, höhere Preise erzielt werden konnten. Als Gründe für die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird in der Hauptsache der Umstand angegeben, daß der Bauer gewohnt sei, auf seinem Hofe frant und frei zu arbeiten und watten. Jeder Zwang führe bei ihm zur passiven Resistenz. Also seelische Momente sind ausschlaggebend für eine Maßnahme, die ohne Zweifel zu einer weiteren Steigerung der Preise und damit indirekt zu einer Verteuerung unserer gesamten industriellen Produktion führen wird. Also zu dem Gegenteil von dem, was durch einen Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit im volkswirtschaftlichen Interesse gefordert wird.

Kein Arbeiter will man die seelischen Momente nicht gelten lassen. Er soll in erster Linie die Opfer zur Gesundung des Wirtschaftslbens bringen. Weirufen die Herrschaften denn nicht, daß sich auf diesem Wege recht schlecht die so notwendige Einsparung im deutschen Volk herstellen läßt, indem man von einem Stande, der schon am meisten unter den gegenwärtigen Zuständen leidet,

verlangt, auf wirklich soziale Fortschritte zu verzichten, während anderen schon wirtschaftlich und sozial besser gestellten Schichten ihre Lebenshaltung erleichtert wird.

Selbst wenn volkswirtschaftliche Notwendigkeiten vorlägen, wird die Arbeiter- und Angestelltenerschaft sich gegen jede weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage mit allen Kräften wehren, solange nicht in gleichem Maße der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft Opfer auferlegt werden, die viel leichter zu tragen sind, wie die von den Arbeitnehmern verlangten.

Der Kartellverband der katholischen Arbeitervereine Deutschlands

hielt in den Tagen vom 4.-8. Mai in Würzburg seinen 2. Kongress ab. Infolge des Unsturms, daß in diesen Tagen das Ultimatum der Exzentriker die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit sehr stark in Anspruch nahm, hat dieser Kongress leider nicht die Beachtung gefunden, die er wegen seiner Wichtigkeit für den Wiederaufbau unserer Nation, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse für sich in Anspruch nehmen konnte. Der Friede im Gemeinwohlstand kam auf dieser Tagung dadurch zum Ausdruck, daß auch der Verband der katholischen Arbeitervereine (C.A.V.) auf dem Kongress vertreten war und sich in die Gesamtbewegung einmischte hat. Als Vertreter der katholischen Gewerkschaften nahm Kollege Keller an den Verhandlungen teil. In einem guten Teile sind die katholischen Gewerkschaften mit den katholischen Arbeitervereinen verbunden. Nicht nur besteht eine Versammlung zwischen den Vertretern der katholischen Gewerkschaften und der Arbeitervereine in weitem Umfange, auch die Beziehungen dieser Organisationen zueinander sind sehr eng geknüpft und erstrecken sich zu einem großen Teile gegenseitig. Daher nehmen auch die Gewerkschaften einen Anteil an den großen Kongressen der Arbeitervereine.

Das Ziel des Kongresses war die im Sinne der Arbeitervereine notwendig gestellte Aufstellung einheitlicher Richtlinien und Grundsätze für die Gesamthaltung der Arbeitervereine aus der Anordnung der staatlichen Tagesordnung ergab sich das Programm der Arbeitervereine als soziale Selbstförderung.

Wahltagsgewählter Schwarzger (München) sprach als erster Referent über

„Unter deutsches Vaterland“.

Im Anschluß an seine Ausführungen wurde folgende Entschließung angenommen:

„In den dunklen Tagen verantwortungsloser Entscheidung, da ein vertieft unheilvoller Dahnener Triumph auf Kosten unseres Volkswirtschafts zu feiern sich ansetzt, erneuern und bekräftigen die zum 2. Kongress versammelten Verbände der katholischen Arbeiter- und Arbeitervereine Deutschlands das Gedächtnis treuer Vorgänger an die Sozialdemokratie ihres Volkes. Keine äußere Macht vermag uns zu rauben den Glauben an unsre Volk, den Willen zum Leben und zur Entfaltung unter den Vätern der Erde.

Wir durchdringen von der Überzeugung, daß nur ein trieblich-kultureller Ausbruch die Wohlfahrt der Völker begründen und erhalten kann, beklagen wir aufs tiefste den Fortschritt der Weltlosigkeit und der Verdrängung, der in den Entschickungen unserer Väter sich fortgesetzt gegen das deutsche Volk ausbreitet. Mit diesen Worten der Ungerechtigkeit wird der eheliche Wille unseres Volkes zur Niedergerückung von

Kriegsschäden gebrochen, keine Leistungsfähigkeit erdroffelt, der Gedanke der Witterveränderung ins Herz getroffen. Die Spekulationen aber auf den Zerfall der deutschen Reichseinheit werden sich als Täuschung erweisen. Gleichwie das uns jugendliche Unrecht das deutsche Volk seitlich verdrängen muß, so werden Not und Bedrückung es nur um so härter zusammenschweißen.

Allen äußeren Erfolgen der Gewalt zum Trotz sind wir erfüllt von der Gewißheit, daß letzten Endes doch, sowohl im Innern der einzelnen Volksgemeinschaften wie in ihren Beziehungen zueinander, die Idee des christlichen Sozialismus den Geist kapitalistischer Witterbedrückung siegreich überwinden wird. Aus dieser Ueberzeugung heraus glauben wir an ein Entzücken der katholisch-sozialen Bewegung in allen Ländern und erwarten von ihr praktische Mitarbeit zur Lösung der inneren Schwierigkeiten, die einem wahrhaften Weltfrieden des Rechts und der Gerechtigkeit heute noch entgegenstehen."

Das zweite Referat erhaltene Arbeitersekretär Menzath (Somm) über

„Unser Gesellschaftsideal“

Menzath legte vom Standpunkt der Arbeitervereine hierzu folgende Kerngedanken fest: Das Zusammenleben der Menschen ist ohne Ordnung nicht denkbar. Diese aber ist aufgebaut auf Autorität und Gehorsam. Die beste innere Bindung des Menschen an die Autorität wird durch das Bewußtsein geschaffen, daß Gott selbst sie gewollt hat. Deshalb ist Rückkehr zum Götterglauben auch die Festigung von Ruhe und Ordnung des staatlichen Zusammenlebens überhaupt. Losgerissen vom Götterglauben verfällt die Menschheit dem materialistischen Denken. Aufgaben der Autorität sind: Der Zweck allen Lebens und Regierens soll das Wohl dieser sein, die regiert werden. Ohne höheres Verantwortlichkeitsgefühl können solche Aufgaben nicht erfüllt werden.

Das Zusammenleben der Menschen fordert ein gesundes Wirtschaftsleben, denn die wirtschaftliche Tätigkeit muß die Unterlage für ein ertrugliches Dasein schaffen. Wie klagen über den Haß des Kapitalismus. Es ist das Verderben der Zeit, daß die Menschen im Streben nach dem Erwerb materieller Güter und in deren Besitz die Aufgabe des Lebens erschiden. Mit dieser materiellen Gier ist die Rücksichtslosigkeit gegen den Nächsten gekommen, die Härte und Ausbeu-

tung. Die Menschen müssen ihr Leben anders einrichten. Sie müssen wiederum höhere Zwecke suchen. Die zu erstrebende Wirtschaftsordnung muß die großen Gefahren, die sich aus der Anhäufung des Kapital in einzelne wenige Hände und das Abströmen des Eigentums von der Masse ergeben, möglichst einschränken. In der Anhäufung des Eigentums in wenigen Händen liegt der Trost, die Macht des Kapitals zum Schaden der Gesamtheit zu mißbrauchen. Da muß die Volksgemeinschaft ordnend eingreifen. Wir treten ein für die Aufrechterhaltung des Privateigentums. Seine Benutzung muß aber durch Eingreifen der Gesamtheit eingeschränkt werden immer dann, wenn durch die Ausnutzung des Privateigentums durch einzelne ein Schaden für die Gesamtheit entstehen kann. Der Mensch soll nie als Verwalter des Eigentums betrachtet im Dienste höherer Ziele.

Die Urgemeinschaft, auf der sich das staatliche Zusammenleben gründet, ist die Familie. Aus der Familie strömt dem übrigen Zusammenleben die Kraft der Gesinnung zu. Wer an der Grundlage der Familie rüttelt, rüttelt an der Grundlage des Staates. Die Ideale, die unser Volk allein zu retten imstande sind, entfliehen der Kraft des Christentums. Sie sind anders als die, welche heute von einer entgegengeleiteten Weltanschauung geführt werden. Man viele sozialistisch, kommunistisch oder ionische sein. Die Arbeitervereine müssen Vorläufer für die Welterkärkung der christlichen Gesellschaftsideale sein.

Im dritten Referat vorbretete sich Verhandlungspräsident Dr. Müller (M. Gladbach) über

„Die Kulturarbeit der katholischen Arbeitervereine“

Der Referent zeigte folgende Ziele: Die Förderung der Allgemeinbildung, soweit hierunter geistige Strebbarkeit und erweiterte Sachkenntnisse verstanden werden. Heben im vorerläutlichen Interesse. Im Wettbewerb der Völker untereinander wird Deutschland am meisten durch geistige Tüchtigkeit auf allen Gebieten bestehende Tüchtige Techniker und qualifizierte Arbeiter — sie müssen Deutschlands Ruhm werden. Dazu bedürfen wir der Hilfe der Hochbildung wie auch der Allgemeinbildung. Darum werden die katholischen Arbeitervereine alle dahingehenden Bestrebungen unterstützen. Sie begrüßen die

Schulreform, die die Volksbildung vertieft und erweitert und jedem tüchtigen Manne den Aufstieg in einen Beruf ermöglicht, der seinen Fähigkeiten entspricht. Wir wollen den Ausbau der Fortbildungsschule, zumal der Berufsschule. Auch die Volkshochschulkurse begrüßen wir, wenn sie wenigstens entweder die Weiterführung von Fachbildung oder eine wahrhafte Allgemeinbildung, die nicht bloß Vielwässeret, sondern geistiges Vorwärtstreben bedeutet, ermöglicht fördern.

Verstand und Wille sind die Tätigkeit der Seele. Mit der intellektuellen Ausbildung, mit der Bereicherung des Wissens und Denkens muß sich sittliche Höherführung verknüpfen. Wichtigen Kenntnisse, was nützen ersuchte Wäbheiten, wenn der Wille nicht das als gut erkannt ausführen mag. Wissen ist Macht, aber noch nicht Bildung. Freie besteht in ständigen Tollen des Guten, im festen Entschlossenheit, es auszuführen, was der Edele der Menschen, der Gottessohn selbst, in seiner Bergpredigt lehrte: das ist das große Programm für die sittliche Höherführung. Nicht das Herz in materielle Streben verfallen lassen, die Gerechtigkeit suchen stets und überall. Das Schlechte und Böse vermeiden, im Herzen die niederen Begierden bezwingen; das jugendliche Unrecht nicht rächen wollen, denn durch Verneinung des Bösen wird das Böse nicht beseitigt, gegen den Nächsten voll Liebe sein, ihm verzeihen und ihm helfen zu dem Wege des Guten. Unrecht lieber leiden als tun — das ist das Kulturprogramm jeder Christen. Der Welt erscheint es als Torheit, aber wir fühlen heute mehr denn je, daß nur durch diese Torheit die Welt wieder glücklich werden kann.

Kulturarbeit im Geiste solcher Gesinnung muß von jedem von uns verwirklicht werden in der Familie, in der Berufstätigkeit, in der Volksgemeinschaft und durch die Teilnahme am öffentlichen Leben.

Schriftleiter Eines M. Gladbach sprach als drittes Referat über die

„Arbeit in Wirtschaft und Staat“

Die hierzu angenommene Einleitungsrede lautet unter anderem:

1. Die erste Voraussetzung für eine Neugestaltung der deutschen Volksgemeinschaft und für eine geistliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist die befriedigende Lösung der sozial-

Die Macht der Vereinnung.

(Russische Parabel von Des Tolstoj)

Die Szene spielt am Fuße eines Felsens. Ein Jüngling beklagt sich gegenüber einem Klosterbruder bitter über die Unterdrückung, die seine heimliche Insel von einem Tyrannen zu erdulden hat.

Der Jüngling schaut bewundernd zu der ehrwürdigen Gestalt auf. Sie ist in Schweigen gehüllt, um so berebter aber ist der Ausdruck der Augen.

Er redet sich zu dem Schweigsamen Alten empor, daß er sich ihm möglichst näherte. Und dann erzählt er ihm von dem Tyrannen der Insel und trägt ihm die Klagen der Insulaner vor, die der Tyrann ihrer Freiheit beraubt und ihrer Herzen, die ihnen keine rohe Fieschheit erdulden.

Der Alte lautete keiner Klage. „Hörst du Jüngling“, hub er dann langsam und mit leiserer Stimme an — so langsam wie Gedanken in der Phosphore — „du sagst, daß die Insulaner die Macht von der Insel planen, um sich in die Welt

zu verstreuen und zu sehen, wie sie ihr Schicksal verbessern?“

„Sowohl, mein Vater.“
„Und glaubst du, daß sie so auseinandergerissen noch ihnen zu helfen vermögen, die auf der Insel zurückbleiben?“

„Dane Zweifel.“
„Nun gut, so höre mich an. Nimm diese Schindeln und prüfe sie aufmerksam.“

Der Jüngling nahm sie sich genau. Es war eine einfache irdene Schindeln. Im Innern trug sie eine Inschrift, die da lautete: „Vereint seid ihr eine Macht, der einzelne ist ein leeres Blatt.“

„Erkenne nun“, hub der Greis an, „ihre Nützlichkeit. Mit ihr schöpft sich der Dürstende das lebende Wasser, aus ihr kühlt sich die trübselige Milch, in ihr befreit du den tobarren Kallam für die schwer erden Wäden, die an die Steine anhaften und die gehauen.“

„Ihr habt recht, Vater. In hundert Tingen ist eine solche Schindeln nützlich.“

Da entwand der Greis die Schindeln den Händen des Jünglings, erhebt er sie, den papieren, und schickte die Schindeln mit würdevollem Schlag auf dem Gehörschale.

„Hörst du“, zerstreuen sich die Scherben. In weitgedehnten, verwunderten Augen, verständig, begreift der Jüngling das Tun des Bruders. Doch dieser:

„Hörst du gesehen, wie die Scherben zerstreut sind. Nun verleihe einmal, dir einen derselben zu Ruhe zu machen.“

Die Schindeln, vordem so nützlich, hat jetzt sie zertrümmert ist, keinen Wert verloren. Und doch ist jede Scherbe nichts anderes als ein Teil von ihr, es ist Erde von ihrer Erde. Das möchte dir Beweis sein für die Wahrheit des Satzes, den sie als Inschrift getragen: „Vereint seid ihr eine Macht, der einzelne ist ein leeres Blatt.“ So nützlich die ganze Schindeln ist, wertlos sind die Scherben. Und so auch mit dem Leben. Bitterer wird ihr eine Wäbheiten, vertritt gleich ihr wertlosen Pläne die ohne Säumnis in die Welt hin so wieder zusammenzubringen.“

Das war dem Jüngling nun klar, und er dankte dem Vater nach, der ihm die Schindeln des Bruders entsetzt. Man ist ein Teil, das er dem Alten in einer der andern an ihrem verstande nicht einmal ein Schlag für die zerfallene Schindeln

Annahmen in unserm Volk. Weder Gewalt noch formale Rechte allein sind geeignete Mittel zur Durchföhrung der Kongreß-...

die weitere Durchföhrung und Vertiefung des Gedanken der sozialen Arbeitsgemeinschaft durch freiwillige Vereinbarungen zwischen den Beteiligten und durch gesetzliche Maßnahmen...

Die Vereinfachung des deutschen Parteiensystems ist eine künftige Lebensfrage des deutschen Volkes, da nur dadurch die notwendige Klarheit und Zielklarheit in der Innen- und Außenpolitik Deutschlands erreicht werden kann...

Der Schluß des Kongresses bildete die einmütige Verurteilung und Annahme des Programms der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands.

Der weitere Verlauf der Kundgebung kann als ein glänzender bezeichnet werden. Eine Würdigung des angenommenen Programms, welches von sehr großer Bedeutung, nicht nur für die gesamte christlich-nationale deutsche Arbeiterbewegung, sondern auch für die deutsche Volksgemeinschaft ist, müssen wir uns für eine der nächsten Nummern vorbehalten.

Sohnbewegungen und Tarifverträge.

Der Streit bei der Danziger Straßenbahn A. G. ist durch Vermittlung des Senats der Stadt Danzig nach zehntägiger Dauer über die Lösung der laufenden Lohnverträge zwischen der Gewerkschaft am 1. März gütlich worden. Nach einer Entscheidung des Schlichtungsausschusses wurde den Arbeitern und Angestellten, in Anbetracht der Steigerung der Preispresse, für den Monat März eine sogenannte Zuschlaglage von 25 % und von 30 % für April anerkannt. Der Vertrag lief am 1. Mai ab...

Arbeitnehmer bei den früheren Lohnabkommen nicht verschlossen. Die hätten demgemäß in Lohnsätze eingewilligt, die bei weitem nicht den Lebensbedürfnissen entsprochen hätten, nämlich in der Voraussetzung, daß dies kein Dauerzustand sein könne.

Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Entbehrungen und Verhäufungen unerträglich empfunden werden. Der hauptausch für Straßenbahner (höchste tarifliche Schlichtungsinstanz im Reiche) habe vor zwei Wochen in einer Entscheidung einen Standpunkt dokumentiert, der ganz den vorangehenden Darlegungen entspreche, und das Gegenteil von dem Spruch des Danziger Schiedsgerichts ausdrücke. Man hat dort den Straßenbahnern mehrerer Betriebe eine Lohnausbesserung nicht versagen können, obwohl es sich um Unternehmungen handelte, die in den vergangenen Zeiten mit Verlust gearbeitet hätten.

Nachdem aber keine Einigung erzielt werden konnte, kam es am 19. Mai zum Ausstand. Durch Vermittlung des Senats kamen dann am 28. Mai weitere Verhandlungen zustande. In diesen Verhandlungen, die die Gewerkschaften mit dem Vertreter des Senats führten, wurde die Tatsache, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung seit Dezember nicht eingetreten sei, an sich nicht bestritten, es wurde aber zum Ausdruck gebracht, daß der Lohnsatz von letzter Zeit her bei anderen Lohnsätzen nachstehe, und daß daher jetzt, nachdem einigermaßen stabile Verhältnisse eingetreten seien, es an der Zeit sei, letzter Lohnsatz nachzuholen.

In den Besprechungen über die Lage erklärte danach die Direktion der Straßenbahngesellschaft grundsätzlich, daß sie zu Zugeständnissen bereit sei, wenn ihr durch den Senat als Vertreter der Stadtgemeinde Danzig die Möglichkeit gegeben würde, eine durch Lohn-erhöhung hervorgerufene Mehrbelastung durch eine Tarifserhöhung auszugleichen. Hierbei war der Gesichtspunkt ausschlaggebend, daß die durch die Tarifserhöhung sich ergebenden Mehrleistungen nicht höher sein dürften, als der durch eine Lohnserhöhung hervorgerufene Mehraufwand.

Auf dieser Grundlage haben die Verhandlungen zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Die Erhöhung des Stundenlohnes nach Maßgabe des bisher gültigen Lohnsatzes wird für sämtliche Arbeitnehmer der Straßenbahn auf 25 % für die Stunde festgelegt. Die Proportionalität bleibt bestehen.
2. Die Arbeitnehmer erkennen an, daß sie sich jeden Eingriffs in die Leitung des Betriebes zu enthalten haben und verpflichten sich, in Zukunft demgemäß zu verfahren. Anordnungen in bezug auf den Betrieb und den Fahrdienst (Antrieb, Einfahren der Wagen in die Depots usw.) stehen vielmehr einzig und allein der Direktion zu.
3. Die Arbeit ist sofort anzunehmen. Aufnahme des Fahrbetriebes zunächst am 31. Mai, morgens.

Der bisherige Manteltarif bleibt bestehen. Abschluß des Lohnsatzes auf fünf Monate ab 1. Juni mit vierwöchiger Kündigungsfrist. Hiermit erster Kündigungstermin 1. Oktober zum 1. November d. J.

Die Annahme der Punkte 1-4 erfolgt restlos Zustimmung sämtlicher Arbeitnehmer.

In einer Besprechung der Arbeitnehmer am 29. Mai wurde zu diesem Ergebnis Stellung genommen und mit 115 gegen 12 Stimmen, bei 1 ungenügenden Stimmen, beschlossen, die Bedingungen anzunehmen. Geschlossen, wie bei der Ein-

stellung, wurde auch die Arbeit, sofern es technisch möglich war, wieder aufgenommen.

Für unsere Kollegen ergibt sich aus den Besprechungen noch eine sehr beherzigenswerte Lehre. Ein Teil der Danziger Kollegen hatte bisher Beiträge gezahlt, die wesentlich niedriger waren, als die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes leisteten. Als nun auch die sachgemäßen Unterstützungen zur Auszahlung kamen, gab es ein jämmerliches Lamento. Die Hauptgeschäftsstelle wurde angeht, doch höher wie die sachgemäßen Unterstützungen zu zahlen, ein Annehmen was aber zurückgewiesen werden mußte. Wir können nicht den einen Teil der Mitglieder auf Kosten des anderen, der keine gewerkschaftlichen Verpflichtungen voll und ganz erfüllt, bevorzugen. Einen Vergleich unserer Unterstützungsätze mit den der freien Gewerkschaften brauchen wir nicht zu scheuen. Bei gleicher Höhe der Beiträge sind die Unterstützungen ebenso hoch, wenn nicht noch höher. Mit der politischen Berufsorganisation können sich die deutschen Gewerkschaften in jeder Beziehung messen, wenn ihnen auch kein Korruptionsfonds zur Verfügung steht, der ihnen gestattet, politische Ziele halber im Freistaate Danzig besondere Unterstützungen, oder auch politische Besprechungsgelder, zu zahlen. Dieses Wort kommt jetzt wieder mit aller Deutlichkeit, daß man bei Zeiten nicht nur der Höhe der Beiträge, sondern auch der der Unterstützungen besondere Beachtung schenken muß.

Sozialwirtschaftliches und Soziales.

Neuregelung des Lohnsatzes.

Die neuerdings durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über eine geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen bedürfen einer Ergänzung und Klärung. Die Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung grundsätzlich die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnach auf eine andere Grundlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugverfahrens möglich schon ab 1. Juli 1925 einführen zu lassen. Es handelt sich um wesentlichen darum, das bisherige Verfahren, das bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine spätere Abrechnung (Veranlagung) bedingt, in die endgültige Abtragung der Steuerpflicht für das Arbeitseinkommen gleich an der Quelle (bei der Lohnauszahlung) umzuwandeln. Die Vorverhandlungen, zu denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise hinzugezogen worden, stehen gutem Vernehmen nach vor dem Abschluß, und es wird in der aller nächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gezeigten Besonderen Körperschaften zugehen.

Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitseinkommens unter 24000 Mark (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird schon deshalb leicht erreicht werden, weil die gelegentlichen Versicherungsbeträge, weiterhin die sich aus § 15 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Posten (z. B. Lebensversicherung, Sierbestellenbeiträge, Beiträge für Berufsvereinigungen etc.) und die sogenannten Werbungskosten (Zahrgeld, Arbeitskleidung etc.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag - voraussichtlich 1800 Mark jährlich - abgezogen werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erforderlich sein, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird, oder wenn ein Arbeitnehmer durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse, wie Krankheiten in der Familie, Unfall, usw., in mißliche Verhältnisse geraten ist.

Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in Fällen geplant, in denen mittlere Angehörige vom Arbeitsnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird ebenfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können.

Ueber die Höhe für Verdingungsstellen, persönliche Steuerfreibeträge (das bisherige Feuersteuergesetz) etc. läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts Endgültiges sagen. Im wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Höhe unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) entsprechende Teile vom Abzug befreit werden, sondern daß von jedem Bruttoverdienst zunächst 10 Proz. errechnet und von diesem Betrag die durch die Korrekte festzusetzenden Abschläge (d. h. die Feuersteuer Teile) gekürzt werden.

Die bisher dem Arbeitgeber obliegende Feststellung, welche Beträge vom Lohn oder Gehalt abzugsfrei zu befreien sind, fällt künftig fort. Das wird in Zukunft Sache der Behörden sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der platt: Vortrag des Abschlags bekanntgegeben werden, den es von dem 10prozentigen Vorkontroll abzugeben hat.

Ueber die Einzelheiten des Verfahrens näheres mitzuteilen, ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Ein späterer Artikel wird sich damit beschäftigen. Sowie es sich herausstellt, daß für alle Beteiligten (Behörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuregelung des Lohnabzuges wesentliche Vereinfachungen eintreten und aller Verantwortlichkeit noch auch erfüllt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird was in Zeiten härtester wirtschaftlicher Anspannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Befähigung der Einkommen der letzten Gattung verwendet werden können.

Arbeiterbewegung

Unterstützung der christlichen Gewerkschaften durch die Unternehmener. Unternehmern rät jeder seinen nach der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften der christlichen Gewerkschaften in umfangreicher Weise zuzustimmen. Die Forderung der sozialdemokratischen Presse läßt sich auf Verleumdungen von Personen, die in der „gelben“ Bewegung eine Rolle spielen. Während sonst die Gelder in den Augen der Sozialdemokraten vollständig unglaublich erscheinen und tausliche Kreaturen sind, stellt die sozialdemokratische Presse deren Auslassungen über die christlichen Gewerkschaften als durchaus glaubwürdig hin oder man nimmt wenigstens keinen Anstoß, die Wahrheit der Behauptungen in Zweifel zu ziehen. Es geht in gegen die Christlichen, und sind in diesem Kampfe selbst die Gelder der Sozialdemokratie willkommenes Bundesgenossen. Wie stellen hiermit in aller Form fest, daß die christlichen Gewerkschaften die heute noch keine Zustimmung aus Unternehmern erhalten haben und das die diesbezüglichen Angaben der sozialdemokratischen Presse nichts weiter sind, als Verleumdungen.

„Religiöse Neutralität“ der freien Gewerkschaften. Einen weiteren Beleg zu diesem interessanten Thema bietet folgende Rundschreiben: Deutscher Metallarbeiter-Verein, Band, Pilsenerfeld, Poststr. 2, Tel. 176. Rundschreiben 19 21. (23. 2. 21.)

... In der Anlage zwei Scheine für die Abmeldung der Kinder aus dem Religionsunterricht. Die freie Schulgesellschafft will hiermit die Vorarbeiten für Errichtung der weltlichen Schule beginnen. In

anderen Orten sind hiermit gute Erfolge erzielt worden. Es wird sich deshalb empfehlen, wenn die Kollegen mit den anderen Arbeitern hierüber reden und die ausgefüllten Formulare an uns abliefern, damit wir diese an die Schulgesellschaft weiterreichen können. Auf unserem Büro sind weitere Exemplare bei Bedarf in Empfang zu nehmen. Wir verwirken ganz besonders darauf, daß die weltliche Schule nicht Gegner der Religion ist (??), sondern dafür eintritt, daß in der Schule das gelernt wird, was die Kinder für das spätere Leben unbedingt benötigen. Wir hoffen, so viel ausgefüllte Formulare zurückzukommen, daß ein ganzes Schuljahr eingerichtet werden kann. Nachdem die Formulare gesammelt sind, wird mit den Anhängern der weltlichen Schule möglichst bald eine Versammlung abgehalten, um alle weiteren Wege zu besprechen. Aus diesem Grunde keine Pflicht.

Seit wann ist es Aufgabe einer Gewerkschaft, ihre Mitglieder zur Abmeldung der Kinder aus dem Religionsunterricht zu veranlassen? Die Religionsgemeinschaft tritt hier unerbittlich entgegen. Trotzdem gibt es immer noch heilige denkende Arbeiter, die aus Unkenntnis, Gleichgültigkeit oder aus blinder Furcht vor Teufel, in den „freien“ Gewerkschaften organisiert sind. Wie lange noch wollen sie in diesem inneren Widerspruch verharren?

Aus den Ortsgruppen.

Eine Versammlungsgesinnung in Wagnern. Für den norddeutschen Verband, fand am 22. April eine Festabstimmung in Wagnern statt. Dem dirigierenden Komitee der Kollegen an diesem Tag, wußten wir nicht mehr, was sie selbst in der Zukunft tun wollten. Am 22. April eine Versammlungsgesinnung in Wagnern. Die Kollegen im Norden, die sich um die soziale Lage der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben keine Sorgen machten. Sowohl die Kollegen wie die Vertreter der Arbeitgebervereine, die sich um die soziale Lage der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben keine Sorgen machten. Sowohl die Kollegen wie die Vertreter der Arbeitgebervereine, die sich um die soziale Lage der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben keine Sorgen machten.

Das ist heute anders. Alle öffentlichen Betriebe, die heute noch unter der Hand der Kirche und Staatliche, die heute noch unter der Hand der Kirche und Staatliche, die heute noch unter der Hand der Kirche und Staatliche.

Wenn sie heute auch heute noch wagt zu verheißern, aber wie wurde es erst aussehen wenn nicht die Gewerkschaften einen zu wackeren Schilder führen? In der kommenden Zeit heißt es besonders auf dem Felde in sein, um Verleumdungen abzumachen, und um Vorbeugung der Staat- des Verhandlung und der Verlängerung der Arbeitszeit zu hindern. Der In-

differenten der Vorlesungzeit gegenüber der Gewerkschaften erwidere diesen heute noch den Kampf um berechnete Forderungen. Denn komme die gewaltige Forderung der Arbeiter herbeiziehende. Alles das setzen Gründe, nicht auf die äußere Stärkung der Organisations, sondern auch auf die innere. Zahlung angemessener Beiträge und eifrige Mitarbeit müsse die Lösung sein. Dann folgte eine Darlegung der Grundsätze der christlichen Gewerkschaften. Ihre Gründung sei erfolgt um die Rechte der Arbeiter auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete zu vertreten unter voller Wahrung der religiösen und politischen Überzeugung der Mitglieder. Sie seien Gegner des Klassenkampfes und seien von unten und lehren daher auch den Materialismus, als Quelle des Klassenkampfes ablehnen ab. Das Schlagwort von der Einheitsgewerkschaften verlange heute nicht mehr die heutigen Zustände in den sozialdemokratischen Verbänden zeigten mit erschütternder Deutlichkeit wie sehr sich die Verdrängung von Politik und der Vertretung der sozialdemokratischen Grundprinzipien innerhalb der Gewerkschaften richte. Die weltlichen Gewerkschaften würden wie bisher, unberührt von jeglicher Parteipolitik, unter voller Wahrung der religiösen Überzeugung ihrer Mitglieder ihren Weg gehen. Gegenüber den anderen Organisationsformen werde man wie bisher den Grundsätzen beizubehalten. Geizigst markieren, aber vereint kämpfen.

Die erste Versammlung fand statt in Wagnern am Montag, den 23. Mai. An diesem Tag wurden die meisten der Mitglieder der Ortsgruppen bis vor kurzem der weltliche Arbeit und Transportarbeiterverband seien sich dabei der im letzten nach Berlin verlegt wurde. Am 31. Januar 1912 gehörten die Gemeindearbeiter und Straßenarbeiter diesem Verband an. Sie haben trotz ihrer Verbände im Norden, die sich um die soziale Lage der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben keine Sorgen machten. Sowohl die Kollegen wie die Vertreter der Arbeitgebervereine, die sich um die soziale Lage der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben keine Sorgen machten.

Wagnern ist die nordwestliche Stadt Wagnern. Die Kollegen im Norden, die sich um die soziale Lage der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben keine Sorgen machten. Sowohl die Kollegen wie die Vertreter der Arbeitgebervereine, die sich um die soziale Lage der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben keine Sorgen machten.

Die Versammlung selbst war mächtig besucht. Der gemeinliche Verband hatte keine Mitglieder vor dem Besuch gemacht. Ein Teil der Kollegen hielt am Beginn der Versammlung für wichtig als der Besuch einer Gewerkschaftsversammlung. In Wagnern war der Besuch sehr gut. Hier entstand sich eine lebhaft Diskussion, die sich ganz im Sinne des Referats bewegte. Am Abend des Freitag, den 24. Mai, war die Versammlung in Wagnern. Es war dennoch gut besucht und nahm eine recht angenehme Verlauf, einmal einige Diskussionen unter ehemalige Ortsgruppe berichten.

Am nächsten Abend wurde die Versammlung in Wagnern. Es war dennoch gut besucht und nahm eine recht angenehme Verlauf, einmal einige Diskussionen unter ehemalige Ortsgruppe berichten. Am nächsten Abend wurde die Versammlung in Wagnern. Es war dennoch gut besucht und nahm eine recht angenehme Verlauf, einmal einige Diskussionen unter ehemalige Ortsgruppe berichten.

Verwaltung beruht bei hiesigen Arbeitern von Freitag bis Sonntag unter Aufsicht des Lohnes freizubehalten. Der Schwarm des Berufs, Mittelteil des Gemeindegewerks und Staatsarbeiterverbandes, wandte sich hartnäckig gegen und führte die Forderung zu hinterziehen. Sie erfolgte dann ohne Zustimmung des Betriebsratsvorsitzenden.

In Wien und Glogow die Versammlung ebenfalls auf. Anwesende Gegner stellten einige Fragen, die bereitwillig beantwortet wurden. Die Augsburger Kollegen hatten nur zu einer Mitgliedererhöhung eingeladen, die aber nicht befolgt wurde und einen praktischen Verlauf nahm. Hier zeigt sich, was selbstbewusste, kollegiale Zusammenarbeit der Ortsgruppenverbände zu leisten vermag.

Am Sonntag, den 29. Mai, fand dann in München die Bezirkskonferenz statt, über die noch besonders berichtet wird. Montagabends fanden sich die Mitglieder in städtischer Zucht zur Versammlung im Feibrau ein. Der Verlauf derselben entsprach zweifellos den beiderseitig erteilten Ermächtigungen.

Die Versammlung in Rosenheim war erst 2 Tage vorher festgesetzt worden, weshalb man den schwachen Besuch verziehen konnte. Auf der Rede wurde dann noch eine öffentliche Versammlung in Wiesbaden abgehalten, zu der sich auch eine Anzahl Gewerkschaften einfinden konnte. Hier wurde über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsrat berichtet. Zwei der Gewerkschaften beteiligten sich an der freien Ansprache, während einige andere sich mit dauernden Zwischenrufen ergüßten. Auch hier mußten wir die gleiche Rücksichtnahme wie in Nürnberg machen, daß man die gründlichen Auseinandersetzungen ausmüde und sich mit einer Abwehr durch harte Worte und Oberflächlichkeiten begnügt. Neben den Verhandlungen galt es noch Besprechungen mit den Betriebsräten, Kassenrevisions- und andere Angelegenheiten wahrzunehmen.

Der gewollte Zweck ist im vollen Maße erreicht worden. Das kurzste auch von den abgehaltenen Versammlungen gesehen. Denn kommt es darauf an, daß die angegebenen Anregungen von den Kollegen in die Tat umgesetzt werden.

Stillingen. Praktische Volksschule der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften. Die humansten Schmierarbeiten in der hiesigen Gemeinden durchweg sich heute befinden, müßte sie möglich zu machen. Die Meinungen darüber, wie aber die Sozialarbeit einzelen soll, geben in der Regel weit auseinander. Der eine mündet, daß an diesem der andere an jenem Ende mit der Sparsamkeit angefangen wird. Bistlich tritt das Bestreben zu Tage, an den Ausgaben für Arbeitslose zu sparen. Da dieses aber durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Gemeindeführer nicht durch Abbau der Löhne möglich ist, wird die Zahl der beschäftigten Arbeiter möglichst zu vergrößern gesucht. Wenn auch im allgemeinen abgesehen von Personalarbeiterentlassungen in weitem Umfang seitens der deutschen Gewerkschaften nicht festzustellen sind, so beobachten wir doch allenthalben wie der natürliche Abgang durch Tod, Annullität und freiwilliges Ausgehen fast nirgends durch Neueinstellung ersetzt wird. Auch glauben wir, die Beobachtung gemacht zu haben, daß bei kleineren Wirtschaften oder gewerblichen Betrieben sehr schnell von dem Schicksal der Kündigung und Entlassung Gebrauch gemacht wird.

Unter diesen Umständen muß die Arbeiterschaft auf dem Vollen sein. Nach § 8 des Betriebsratsgesetzes kann der Geschäftsbetrieb durch Einpruch beim Arbeiter oder Angehörigen einzelen, Gesinnung ist durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber eine Einigung zu erzielen, so kann der Betriebsrat sowohl wie der Arbeitnehmer den geltenden Schlichtungsausschüssen anrufen.

Was unter diesen Umständen die Arbeiter- und Betriebsräte zu tun haben, um die Arbeiterinteressen zu wahren liegt klar auf der Hand. Um so schlimmer aber wird die Sachlage wenn der Betriebsrat sich bei Ausübung seiner Rechte nicht von Interessen der Arbeiter von Parteien und Parteien löst. In einer Besprechung des freien Gewerkschaften in München war der Fall besprochen, daß die Entlassung des Arbeiters A. in B. unter dem Vorwand, daß sein Sohn nach B. habe zu gehen, sich der Arbeitgeber entledigt habe. Die Arbeiter- und Betriebsräte waren sich einig, daß sie sich durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber nicht ablassen lassen sollten, sondern die Sache dem Schlichtungsausschuss anrufen sollten.

heutigen demokratischen Zeitalter unvermeidbar gegenüber dem roten Verbands nicht mehr bestehen wollte. Deshalb mußte der Unternehmer zum Mittel des roten Verbandes gemacht werden. Tatsächlich ging dem betreffenden Kollegen ein Schreiben zu, in dem es unter anderem heißt: „Auf Antrag des Betriebsrates sind Sie unter der Führung der Kündigungsgesetz aus dem Arbeitsverhältnis entlassen. Wir müssen Ihnen überlassen, in ein anderes Arbeitsverhältnis einzutreten.“

Da sonst kein ersichtlicher Grund für die Kündigung vorliegt, dieselbe nichts anderes übrig wie die Annahme, daß B. auf Antrag des Betriebsrates, broilos gemacht wurde, um ihn für den Austritt aus dem roten Verbands zu strafen und die übrigen künftigen Arbeiter vor dem Lieberwille zu unserem Verbands zu warnen. Die Tatsache, daß der Gemeindeführerverband in Verbindung mit dem roten Betriebsrat in Göttingen nicht davor zurücktrat, einen Familienrat nur deswegen broilos zu machen, weil er nicht mit den Kollegen einverstanden ist, daß selbst eine gewerkschaftliche Organisation wählt, steht demnach fest. Wir können ihnen den zweifelhaften Ruhm, den Unternehmer zum Mittel der Gewerkschaft gemacht zu haben, wie auch würdige Nachfolger der alten Schmarotzer zu sein, die es auch fertig brachten, einen Arbeiter wegen Ausübung seines Koalitionsrechtes zu mahdreden, von Göttingen. Eine Bewegung, die zu verlässigen Mitteln greifen muß, um ihre Schäden betagtem zu halten, trägt den Spalt und Todesseim zum Bestimmt in sich.

Daß die Göttinger Filiale des Gemeindeführerverbandes sich nicht auf die Dauer das eigene Grab schaufelt, dafür bürgt uns ein weiteres Vorkommen: Auf dem Elektrizitätswerk war ein Mann beim Kohlenabtrieb vom Nachwärter ermordet worden. Mithinemach brachte der Arbeiter den Diebstahl zur Anzeige, wurde aber für diese Mithinemach „wegen Kosten Vernehmens gegen einen Kollegen“ aus dem Verbands ausgeschlossen. Es fehlt nur noch, daß der Betriebsrat die Entlassung wegen Mithinemach beantragt. Jedenfalls das er es nicht getan in der Annahme, daß die Stadtwirtschaft noch nicht auf der Stufe des Charakters angelangt ist, auf die es sich selbst gestellt hat!

Bei diesen Leistungen der Göttinger Gewerkschaften dürfte es nicht allzu schwer sein, die hiesigen Gemeindeführer von der Verantwortung der christlichen Gewerkschaften zu überzeugen. Das Reichsbrotgesetz der hiesigen Kollegen muß dazu führen, daß bei der nächsten Wahl des Betriebsrates die Interessen der Arbeiterschaft gewahrt werden. Nicht mehr deren Leute als Vertrauenspersonen gewählt werden, die vor lauter Vorwitz es mit ihrem Gewissen verzeihbaren können, Kammerdiener broilos zu machen nur deshalb, weil sie das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihre Pflicht zu tun und eine eigene Meinung zu haben.

Vorbereitung. In unserer letzten Mitteilungsversammlung vertrat die Delegierte zu der ersten Bezirkskonferenz in Nürnberg, Kollektiv Anstaltsleiter, Bericht über die dort abgehaltene Verhandlungen. Die Versammlung erteilte ihre Zustimmung, die auf der Konferenz gegebenen Anregungen und gefassten Beschlüsse in der Ortsgruppe in bestehen, respektive des Verbandes. Wir die hiesigen Kollegen, zu der Streikbewegung zwischen den Arbeitern des Gewerks und der Stadtwirtschaft soll der Gewerksgericht angerufen werden. Vorkommen wurde sodann die Bildung einer Tarifkommission welche die Vorarbeiten für die nächsten Tarifverhandlungen mit den Verwaltungen der Dienststellen erledigen soll. Eine recht lebhaft diskutierten jedoch die Vorstände an. Mit dem Ausfall der letzten Betriebsratswahl in der Stadt antritt können wir durchaus zufrieden sein, wird und die Mehrheit der Mitglieder von unserem Verbands gefasst. Mit der Aufforderung, in Zukunft sich rasch am Gewerkschaften zu beteiligen, wurde die Verhandlung ihren Abschluß

Tauberbildungslehre. Ein fröhliches Beispiel davon, wie man sich mit dem Leben verhalten soll, hat das hiesige Tauberbildungslehre. Die hiesigen Arbeiter von Tauberbildungslehre waren bis vor kurzer Zeit in der Taubheit der Taubheit, das auch die Taubheit der Taubheit waren, kann sie

jeder Kollege denken. Wurde doch ein Lohn von 20 M (zwanzig Mark) als ausreichend betrachtet. Dank der Einsicht einiger Kollegen gelang es im April, die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit zu erwecken und auch sie der Organisation zuzuführen. In Anbetracht der höchsten Bezahlung hiesige Kollege Schlesinger an den Gemeindeführer sofort den Antrag auf eine zeitgemäße Entlohnung. Es wäre nun selbstverständlich gewesen, wenn die Kollegen abgemerkt hätten, was aus der Angelegenheit geworden wäre. Aber 2 Kollegen wollten anscheinend klauer sein als die anderen und gingen zum Bürgermeister, um ihm klar zu machen, daß sie Geld genug verdienten und sie mit der Fortsetzung nichts zu schaffen hätten. Daß ein solches Vorgehen nicht geraten war, den Bürgermeister von der Berechtigung unserer Forderung zu überzeugen, ist ohne weiteres klar und ließen denn auch dementsprechend die Verhandlungen aus. Wenn heute die Kollegen von Tauberbildungslehre noch auf ihrem alten Lohn stehen, so können sie sich bei diesen Kollegen dafür bedanken, es mag ihnen aber auch gleichzeitig eine gute Lehre für die Zukunft sein.

Formen. (Strafendehner.) In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Bracht (Dortmund) über Ziel, Zweck und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Die erste christliche Gewerkschaft, der Gewerksverein der Bergarbeiter, ist im Jahre 1894 gegründet und zwar erst dann als sich im sogenannten alten Verbands vereint habe, daß ein gewerbliches Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter in den sogenannten freien Gewerkschaften als ein Ding der Unmöglichkeit erachtet habe. Das Hinneigen der sozialpolitischen und antichristlichen Bestrebungen in die Gewerkschaftsbewegung seitens der sozialdemokratischen Partei habe als Sprengstoff gedient, jedoch in Deutschland schon in den Anfängen einer gewerkschaftlichen Bewegung zwei, respektive mit den hiesigen Landeskassen drei Richtungen vorhanden gewesen seien. Ziel der christlichen Gewerkschaften sei, der Arbeiterschaft die Gleichberechtigung auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu verschaffen, in materieller Hinsicht sie in den Stand zu setzen, selbst Erwerbsgüter zu erwerben, wie zu einer untern heuligen Kulturantipoden entsprechenden Lebenshaltung unbedingt notwendig sind und darüber hinaus soviel, wie die Volkswirtschaft zu tragen vermag. Um zu diesem Ziele zu gelangen sehen wir bei Auffassung, daß weder der kapitalistische Geist, der nur den Gewinn, das Geld suche, noch der im Grunde genommen ebenfalls streng auf das Materielle gerichtete marxistische Sozialismus ein geeignetes Mittel sei. Auf die ethischen Werte, die im christlichen Glauben der praktischen Nächstenliebe wurzeln, könne eine Arbeiterbewegung nicht verzichten. Ohne daß der Geist der Menschen revolutioniert, an Stelle des Egoismus und der Schuld des Gemeinheitsgefühls, die Mitverantwortung des einzelnen für das Gesamtwohl gesetzt würde, ließe sich kein gerechtes, soziales Zusammenleben der Menschen ermöglichen. Von dem Bestreben geleitet, für die Mitarbeiter sozial herauszuholen an materiellen Vorteilen wie möglich, wolle unsere Bewegung aber stets das Gesamtwohl im Auge behalten. Heute, wo durch Krieg, Friedensvertrag und Revolution die sittlichen, moralischen Kräfte im Volke gelähmt seien, wäre der wirtschaftliche und nationale Aufstieg des deutschen Volkes nicht möglich, wenn nicht der Geist des Volkes sich anders einstelle. Gelder würde heute das Werk eines großen sittlichen Gedankens für die Gründung unserer sozialen Verhältnisse von der Arbeiterschaft zum vollen Teile verkannt. So lange die Bedeutung der sittlichen Kräfte in der freien Gewerkschaftsbewegung nicht genügend beachtet, vielmehr die großen christlichen Gedanken direkt bekämpft würden, solange wäre in Deutschland keine einheitliche Arbeiterbewegung möglich. Vielmehr bestände die Gefahr, daß die freien Gewerkschaften, infolge der vielen widerstreitenden Kräfte und Richtungen im eigenen Lager auch in der künftigen Form auseinanderfallen. Die Gefährlichkeit der christlichen Gewerkschaften in der früheren Form, in der Auffassung von dem zu erstrebenden Ziele, wie in der in Anwendung zu bringenden Mittel, sei auch erst nach harten, inneren Kämpfen erreicht worden. Nicht aber hätten aus diese Kämpfe auseinandergeraten, sondern zur Klärung der Angelegenheiten und Verständigung geführt.

Werbung neuer Mitglieder. Pünktliche Zahlung der tagungsgemäßen Beiträge. Regel Versammlungsbesuch. Wahrung der gewerkschaftlichen Disziplin.

Die Entwicklung sei sehr befriedigend. Im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wären heute 1.200.000 organisierte Arbeiter vorhanden und der Deutsche Gewerkschaftsbund, zu dem neben den Arbeiterverbänden auch die auf unserem Boden stehenden Angestellten- und Beamtenverbände gehörten, umfaßt über zwei Millionen Mitglieder.

Die zahlenmäßige Heberlegenheit der freien Gewerkschaften würde durch unsere geschlossene Tätigkeit ausgleichend. Nur müsse es das Bestreben sein, die Fachorganismen, die heute noch bei den Genossen sitzen, aufzuklären und zum Hebertritt zu bewegen. Welcher Vorkauf sollte den Redner. In der Aussprache wurde in eingehender Weise der von den Unternehmern überaus sorgfältig behauptete, ohne Preisabbau einseitig erörtert. Die Gewerkschaften würden daher in Zukunft voraussichtlich vor harte Kämpfe gestellt werden. Dem müsse vorgebaut werden. Mit dem Ergebnis, nunmehr mit aller Kraft an der Ausbreitung der Ortsgruppe, wie auch an der monatlichen Stärkung des Verbandes mitzuwirken, gingen die Versammlungen aus.

Mieterschutz.

Das Wohnungswesen in Deutschland hat seinen Schlüssel erreicht. In Preußen allein fehlen über eine Million Wohnungen. Der Hausbesitz hat sich zu mächtigen Interessentenverbänden zusammengeschlossen und arbeitet mit allen Mitteln an der Befestigung der Mietererwerbungsgebäude. Demgegenüber müssen auch die Mieter auf der Hut sein und ihr Recht zu wahren wissen. Die Arbeiterschaft uniaht wohl durchweg Mieter. Dennoch können die Gewerkschaften wegen Heberlastung mit anderen wirtschaftlichen Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, nicht auch noch diese Aufgaben erfüllen. Heberall haben sich Mietervereine und -verbände gebildet, die auf vollständig neutraler Grundlage nur Interessen der Mieter haben. Jede Parteipolitik muß ausgeschaltet sein. Die Mietervereine haben bislang außerordentlich segensreich gewirkt und sind für die Zukunft unentbehrlich. Die christlichen Gewerkschaften müssen dieser Bewegung daher ein erhöhtes Augenmerk schenken und sie tatkräftig unterstützen, wo ein Bedürfnis danach besteht, die Gründung solcher Vereine selbst in die Hand nehmen. Mit dem notwendigen Material und Auskunftsnetz der Bund deutscher Mietervereine Dresden und für den Mieterschutzverband der Länder am Rhein, Direktor Abigt (Wiesbaden), jederzeit zur Verfügung.

Bücherchau.

Sämtliche Bücher sind durch den Deutschen Gewerkschaftsverlag Köln, Lindendamm 9, zu beziehen.

Wakula-Stand und Friedensvertrag von Dr. Heinz Reichen und Dr. Werner Gombert, zweite neu bearbeitete Auflage (11. bis 20. Tafeln), Verlag J. B. Metzner, Leipzig, 86 Seiten, Preis 2,- M.

Die Allierten Staaten haben in London den deutschen Völkern ein edelgedachtes und verheißungsvolles, durch weitreichende Maßnahmen zur Beseitigung ihrer Vorkriegsbedingungen zu bezeugen. Seit dem 1. Mai d. J. haben sie die Deutschen in der ersten Phase ihrer Vorkriegsbedingungen in Deutschland wieder in die Freiheit zu setzen wollen, zu einem weltlichen Ratgeber.

An unsere Bezahler der Tageszeitung

„Der Deutsche“

Mitglieder unseres Verbandes, welche sich für das laufende Vierteljahr in die Listen als Bezahler auf unsere neue Tageszeitung „Der Deutsche“ eingetragen haben, werden hiermit benachrichtigt, daß die Erneuerung des Bezuges für das 3. Vierteljahr unmittelbar und ausschließlich bei dem Postamt des Wohnortes zu bewirken ist. Seitens des Verlages und unseres Verbandes findet vom 1. Juli an keine Zeilungsüberweisung mehr statt.

Die Zeitungsbestellung erfolgt am zweckmäßigsten durch Ausstellung des angebrachten Postbescheines. Dieser Bescheinigung ist an das zuständige Postamt weiterzugeben, kann aber auch dem Briefträger mitgegeben werden. Die Einziehung der Bezugsgebühr erfolgt durch die Briefträger.

Wo unsere Mitglieder den Monatsbezug statt des Vierteljahresbezuges wünschen, ist der Postbescheinigung entsprechend abzuändern.

Es ist unbedingt nötig, daß die Bezugserneuerung spätestens bis zum 15. Juni erfolgt. Im Nachhinein muß mit einer Unterbrechung der Zeitungslieferung gerechnet werden.

Bitte beachten, daß vom 1. Juli ab die Erhebung einer Zeitungsgebühr bzw. eines Poststeuerebnes in Kraft tritt. Der Verlag hat sich für die einfachen Berechnungen wegen dieser Gebühr auf das Bezugsfeld aufgelassen und teilt „Der Deutsche“

vom 1. Juli ab vierteljährlich **24,75**,
monatlich **8,25**.
Einschickungsart: Berlin.

1. Nachtrag der Zeitungspreiskliste.

Ich bestelle hiermit für 2. Vierteljahr

1 Stück „Der Deutsche“

zum Preise von **24,75 Mark** vierteljährlich
8,25 Mark monatlich

und bitte um Vierung und Einziehung des Bezugsbeitrages durch die Post.

Name: _____

Stand: _____

Wohnort: _____ Postbestellort: _____

Straße u. Hausnum.: _____

An das Postamt _____

in _____

wieder darauf hinzuweisen, daß sich die Forderungen der Allierten den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit anpassen müssen, wenn nicht die von Versailles ausgehende Weltwirtschaftskrisis immer weitere Kreise ziehen soll. Weit weit die Forderungen der Allierten die Grenzen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überschreiten, sagt es recht die vorliegende Schrift, die in rein mundartlicher Unterredung an Hand zweifacher Beispiele die Wirkungen der Folgen des Versailler Versailes an Darstellung bringt. Ihre Sachlichkeit, die augenblicklich und überzeugend vorantreiben machen die Schrift jedem, der sich an den wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit bezieht, besonders auch denen, die in der ersten Phase ihrer Vorkriegsbedingungen in Deutschland wieder in die Freiheit zu setzen wollen, zu einem wertvollen Ratgeber.

Diese vier Forderungen muß heute ein jeder echter Gewerkschaftler erfüllen. Nur dann wird dein Verband den gekündigten Anforderungen gerecht werden und dich in deinen berechtigten Wünschen zurrieden stellen können.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 12. bis 18. Juni ist der 24. Wochenbeitrag fällig.

Die Ortsgruppenvorstände werden nochmals daran erinnert, die Berichtsarbeiten monatlich pünktlich an die Bezirksleiter einzuwickeln. Nur dann wird der gewünschte Zweck möglichst sofort am Ende des Monats eine genaue Übersicht über die Entwicklung des Verbandes zu bekommen, erreicht, wenn sämtliche Ortsgruppenvorstände sich dieser kleinen Mühe der Berichterstattung unterziehen.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:

- Vom 3. Quartal 1920: Gronau.
- Vom 4. Quartal 1920: Gailhausen, Walsdorf, Schweidnitz, Köln (G), Bruchsal (Hamb. Lehr.), Krefeld, Borten, Serien (Gem.), Neuß, Gernsheim, Ahweiler und Landsberg.
- Vom 1. Quartal 1921: Kalen, Weisenburg, Weiden, Reichlingen, Gernersheim, Marktredwitz, Rauschbeuren, Pausen, Königsberg, Würth, Jorabheim, Freising, Wittiching, Paudeshut, Giskatt, Zaborje, Danzig, Wülheim-Ruhr (Str.), Bamberg, Vlothheim, Nieheim-Ruhr, Weiel, Rheindt, Citorj a. d. S., Regensburg, Kronach, Quer i. W., Ugen a. Inn, Horde (Str.), Offenbach a. M., Schwabach, Siegburg, Köln (Führpark), Bochum (Gem.), Walsdorf, Rheine, Kessel, Cillingen, Köln (Str.), Cuxtrichen, Hannover, Schweidnitz, Priesen, Büllingen, Dühl i. S., Nees, Hamburg, Coustanz, Jutba, Werned, Witten-Ruhr, Mannheim (Gem.), Mainz a. Pfalz, Soest, Bochum (Str.), Nachen-Schweller, Köln (Verkehr u. Betriebsbeam.), Wilhelmshafen, Nürnberg, Paderborn (Gem.), Leipzig, Vennersheim, Wülheim-Ruhr (Gem.), Dortmund (Str.), Nachen-Brand, Landsbut, Duisburg, Ludwigsbafen, Palsau (Gem.), Mainz, Hamm (Str.), Bonn (Str.), Neustadt Ob.-Sahl, Berlin, Kaiserslautern, Freiburg i. B., Waldbrunn, Brach, Hildesheim, Augsburg, Baden-Waden, Hagen (Str.), Gummersbach, Dransdorf, Duisburg-Weiderich, Würzburg (Str.), Waidlich, Köln-Wülheim, Paderborn (Str.), Cuxtrichen, Köln (Gem.), Nachen-Schweller (Gem.), Braunsberg, Dachau, Bad Tölz, Ahlen i. Westf., Schleisheim, Rosenheim, Prieslach, Weil- und Pilsgraukt), Grafenröhr, Mannheim (Str.), Düsseldorf (Gem.), Düsseldorf (Str.), Steinach, Geilentrichen und Obertrichen.

Der Zentralvorstand.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:

Freienstein Wilhelm, Witten	15. 5. 21.
Schuhmacher Joh. Pet., Dransdorf	12. 5. 21.
Schmig Herm. Jos., Duisburg	19. 5. 21.
Wello Jos., Regensburg	26. 5. 21.
Altroth Hact, Elberfeld	27. 5. 21.

Chre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:
F. C. ...
Leitender des Verlags: ... Köln, ...